

AKTUELL

VERMEINTLICH NACHHALTIGE ANLAGEPRODUKTE

Schlecht beraten und grün gewaschen

Joël Adami

Wer in Luxemburg in nachhaltige Anlageprodukte investieren will, wird schlecht beraten und bekommt intransparente Fonds aufgedrückt. Das hat Greenpeace mittels „Mystery-Shopping“ herausgefunden.

Nachhaltige Finanzen sind eine Priorität für die Regierung. Der Luxemburger Finanzplatz hat sich neu orientiert und diversifiziert und ist Marktführer auf dem Gebiet der grünen, nachhaltigen Finanzen. So steht es im Nationalen Energie- und Klimaplan Luxemburgs – und kaum eine Gelegenheit vergeht, bei dem dieses Mantra nicht von den Minister*innen für Finanzen, Umwelt, Energie oder dem Premierminister wiederholt wird. Da müsste es doch einfach sein, sein mühsam erspartes Geld in einen nachhaltigen Fonds oder sonst ein Finanzprodukt anzulegen.

Die Umwelt-NGO Greenpeace Luxemburg hat versucht, dies herauszufinden und mit der deutschen Beratungsgesellschaft Nextra ein sogenanntes „Mystery-Shopping“ durchgeführt. Das ist ein Marktforschungsinstrument, bei dem Tester*innen sich als Kund*innen ausgeben und versuchen herauszufinden, wie sie in einem Geschäft – oder in diesem Fall einer Bank – beraten werden. Sechs Luxemburger Banken wurden von 19 Testkäufer*innen besucht, die insgesamt 27 Beratungsgespräche in Anspruch nahmen. Sie gaben gegenüber den Bankberater*innen an, sich für fonds-basierte Anlageprodukte zu interessieren. Nextra analysierte anschließend sowohl die Beratung als auch die Produktinformationen zu den vermeintlich nachhaltigen Finanzprodukten.

Seit August 2022 ist eine neue Verordnung im Rahmen der Finanzmarktrichtlinie Markets in Financial Instruments II (Mi-Fid) in Kraft, die vorschreibt, dass die Bankberater*innen sich zwingend nach den Nachhaltigkeitspräferenzen ihrer Kund*innen erkundigen müssen. Dies ist jedoch nur in einem Drittel der Gespräche passiert. Sogar wenn die vermeintlichen Kund*innen den Hinweis gaben, an nachhaltigen Finanzprodukten interessiert zu sein, fragten die Berater*innen in 37 Prozent der Fälle nicht weiter nach.

Über die Klimaverträglichkeit der angebotenen Anlagen wurde in nicht einmal 20 Prozent der Gespräche ausführlich diskutiert. „Die Beraterin gab mir keine Erklärung zu den grünen Fonds: Für sie ist ein Fonds grün, wenn auf dem Fondsblatt ESG steht“, zitiert der Greenpeace-Bericht einen Testkäufer. ESG steht für „Environmental, Social, and Corporate Governance“, also Umwelt, Soziales und Betriebsführung.

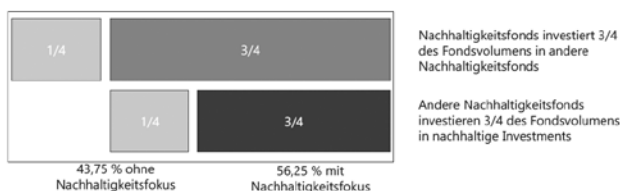
Elf verschiedene Produkte haben die Mysteryshopper*innen angeboten bekommen, sie wurden von Nextra analysiert. Die Resultate sind ernüchternd: Ein einziges der vermeintlich klimaverträglichen Finanzprodukte schreibt vor, dass die Nachhaltigkeitskriterien auf alle im Fonds befindlichen Wertpapiere angewandt werden müssen. Dieser Aspekt wird durch verschachtelte Fonds verstärkt. Das sind Fonds, die in andere Fonds investieren. So kann ein nachhaltiger Fonds zu lediglich 75 Prozent in andere Nachhaltigkeitsfonds investieren, die wiederum nur zu 75 Prozent auf Nachhaltigkeitskriterien aufpassen. Damit könnten theoretisch fast 44 Prozent des Portfolios in hochproblematische Industrien wie beispielsweise Kohle investieren.

Grün ist, wo grün draufsteht

Im Endeffekt stellte kein einziges der angebotenen Finanzprodukte Greenpeace und Nextra zufrieden – da sie nicht ausreichend klimaverträglich sind. „Bei der Analyse der Fonds fiel ebenfalls auf, dass Fondsanbieter derzeit vor erheblichen Problemen bei der Anwendung der EU-Taxonomie stehen und von belastbaren Angaben hinsichtlich der Taxonomie-Konformität ihres Investmentportfolios weit entfernt sind“, heißt es im Greenpeace-Dokument.

Die NGO fordert die Luxemburger Banken dazu auf, Mi-Fid II konsequent umzusetzen und ihre Kund*innen zu ihren Nachhaltigkeitspräferenzen zu befragen. Dazu müssten auch die Berater*innen entsprechend geschult werden und die Informationsmaterialien so gestaltet werden, dass sie transparent und nachvollziehbar Auskunft zu Nachhaltigkeitskriterien geben.

Durch verschachtelte Fonds kann der Anteil von nicht-nachhaltigen Investitionen viel größer sein, als Investor*innen auf den ersten Blick erkennen können.



GRAFIK: GREENPEACE/NEXTRA

SHORT NEWS

Das lange Warten auf DAB+

(rg) – Nachdem im Herbst 2020 mit staatlicher Finanzierung eine dreimonatige Testphase mit einem digitalen Multiplex-Sender im DAB+ Standard stattgefunden hatte, sah es eine Zeit lang so aus, als stünde die schon etwas in die Jahre gekommene Technologie für eine digitale Radioübertragung kurz vor der Umsetzung. Seit 2021 müssen europaweit neu zugelassene Autos mit Radios, die den Empfang von DAB+ erlauben, ausgestattet sein. In mehr als 30 europäischen Ländern besteht bereits ein Rundfunkangebot für DAB+ Sender. Der Medienstandort Luxemburg bleibt aber bislang außen vor. Ein für 2021 angekündigter Start für Luxemburg wurde mehrfach verschoben und selbst eine in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage für Mai 2022 versprochene „feuille de route“ lässt weiterhin auf sich warten. Am Rande einer Vollversammlung des Dachverbandes der lokalen Radios (DLLR) am vergangenen Dienstag war jetzt zu vernehmen, dass auch zwei Jahre nachdem entsprechende Tests stattgefunden haben, kaum Klarheit darüber besteht, wie es mit DAB+ weitergehen soll. Den Verantwortlichen kleiner, nicht-kommerzieller Radios hängt die kostenträchtige Umstellung auf die digitale Technologie wie ein Damoklesschwert über den Köpfen. Die Aufsichtsbehörde Alia hatte dazu in einem Gutachten von Oktober 2021 eine Übernahme der Investitionskosten und der Grundversorgung im Sinne des Medienpluralismus vorgeschlagen. Doch welches Modell der Finanzierung und Inbetriebnahme – eigentlich verfügt nur die RTL-Tochter BCE über das nötige Equipment in Form von Antennen die hoch genug in den Himmel ragen – zurückbehalten wird, scheint vollkommen offen.

Information und Kritik zum Männertag

(tj) – Zum internationalen Männertag lädt das Beratungszentrum InfoMann am 18. November von 14 bis 18 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein. Grund dafür, so liest sich zumindest die Presseinvitation, ist vor allem der Wunsch, mit Vorurteilen gegenüber der Organisation aufzuräumen. „Depuis notre présence sur le terrain social luxembourgeois, nous avons rencontré des malentendus, parfois des moqueries ou encore franchement des animosités quant à l'existence du service“, ist da etwa zu lesen. Von den einen, so heißt es weiter, werde InfoMann als anti-feministische Lobby verschrien, von anderen als Selbsthilfegruppe für verweichtlichte Männer. „De manière générale il faut reconnaître que les personnes sont rares à saisir d'emblée la raison de l'existence d'un service comme infoMann“. Dieser Einschätzung folgt der Hinweis, dass das Zentrum in der Tat nur einen Bruchteil dessen leiste, was ursprünglich bei seiner Eröffnung im Jahr 2012 vorgesehen war. „Et puis, amener les individus membres de la société vers plus d'autoréflexion voire d'autodétermination et par là vers plus de justice et d'égalité ne peut être affaire exclusive d'un service de consultations“, so ein weiterer Kritikpunkt. In Anbetracht dessen, dass das Mega noch vor zwei Wochen auf Nachfrage der woxx beteuerte, Jungen- und Männerarbeit nicht stärker fördern zu wollen, solange keine entsprechende Nachfrage erkennbar werde (woxx 1707), geben diese Aussagen zu denken.

Brennpunkt 318 : droits et humains

(lm) – A-t-on jamais parlé autant de droits humains qu'aujourd'hui ? Et pourtant... L'édition du Brennpunkt Drött Welt consacré à ce sujet nous invite à « inverser le regard », à remettre en question l'idée que nous, les Occidentaux-tales, serions les dépositaires de ces droits et habilités à faire la leçon au reste du monde. Depuis la sélectivité dans l'accueil des réfugiés jusqu'à la logique économique qui piétine humains et nature, quand ils encombrant sa marche, plusieurs articles relativisent la vision dominante de ce que constitue le respect « des » droits humains. Concernant les droits civils et politiques, une contribution sur la défense du climat rappelle qu'ils ne se limitent pas à voter tous les cinq ans et râler tous les soirs, mais incluent la participation citoyenne et l'accès à l'information au quotidien. Surtout, le premier article du dossier met en évidence que l'« indivisibilité » si souvent proclamée des droits humains exclut trop souvent les droits économiques, sociaux et culturels, aussi bafoués soient-ils dans un monde dominé par le libéralisme économique. On regrettera cependant que le dossier n'aborde pas l'instrumentalisation de cette dualité par des régimes oppressifs prétendant mettre au premier rang les droits économiques. D'autres articles sont consacrés aux aspects environnementaux de la crise au Sri Lanka, à la COP27 et, à travers une réaction de lecteur, à l'interrogation sur la notion de droits de la nature. www.brennpunkt.lu